

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Arbeitslosigkeit, Kulturpolitik
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Standesinitiative
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Heidelberger, Anja
Hirter, Hans
Kuhn, Sarah
Schneuwly, Joëlle

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Heidelberger, Anja; Hirter, Hans; Kuhn, Sarah; Schneuwly, Joëlle 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Arbeitslosigkeit, Kulturpolitik, Standesinitiative, 1997 – 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Wirtschaft	1
Wirtschaftspolitik	1
Sozialpolitik	1
Bevölkerung und Arbeit	1
Arbeitsmarkt	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Epidemien	1
Sport	2
Bildung, Kultur und Medien	2
Kultur, Sprache, Kirchen	2
Kulturpolitik	2

Abkürzungsverzeichnis

RK-SR	Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
WBK-SR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
BAG	Bundesamt für Gesundheit
RK-NR	Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
WBK-NR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats

CAJ-CE	Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats
CSEC-CE	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats
OFSP	Office fédéral de la santé publique
CAJ-CN	Commission des affaires juridiques du Conseil national
CSEC-CN	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik

STANDESINITIATIVE
DATUM: 10.06.1997
HANS HIRTER

Der Nationalrat lehnte gegen die Stimmen der SP und der GP eine von der lokalen CVP initiierte Standesinitiative des Kantons Genf ab, welche ein Gesetz zur "**Bekämpfung von Betriebsschliessungen und Massenentlassungen**" verlangte. Die im Vorjahr von der Ratslinken als zu marktwirtschaftlich bekämpfte Motion Cavadini (fdp, TI) für Liberalisierungen im Bereich der Steuer- und Bauvorschriften sowie bei der Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften konnte vom Nationalrat nicht mehr innerhalb der vorgesehenen zwei Jahre behandelt werden und wurde deshalb aus der Traktandenliste gestrichen.¹

Sozialpolitik

Bevölkerung und Arbeit

Arbeitsmarkt

STANDESINITIATIVE
DATUM: 10.06.1997
MARIANNE BENTELI

Der Nationalrat lehnte mit 85 zu 52 Stimmen eine von der lokalen CVP initiierte Standesinitiative des Kantons Genf für eine Gesetzgebung zur **Bekämpfung von Betriebsschliessungen und Massenentlassungen** ab. Nur eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und LdU war bereit, den Vorstoss zu unterstützen.²

STANDESINITIATIVE
DATUM: 03.03.1998
MARIANNE BENTELI

Gleich wie vor ihr der Nationalrat gab die kleine Kammer einer Standesinitiative des Kantons Genf, welche verlangte, eine Bundesgesetzgebung zur Bekämpfung von Betriebsschliessungen und **Massenentlassungen** auszuarbeiten, keine Folge. Die Kommission argumentierte, dieses Problem lasse sich nicht auf dem Gesetzesweg angehen. Es sei vielmehr wichtig, Massnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu ergreifen und günstige Rahmenbedingungen für die Betriebe zu schaffen.³

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Epidemien

STANDESINITIATIVE
DATUM: 01.06.2021
ANJA HEIDELBERGER

Da eine entsprechende **Unterstützung für Sport-, Kultur- und Freizeitvereine** im Rahmen des Covid-19-Gesetzes in der Zwischenzeit geschaffen worden war, sprach sich nach dem Ständerat auch der Nationalrat in der Sommersession 2021 dagegen aus, der Standesinitiative des Kantons Jura Folge zu geben. Diese ablehnende Haltung hatte zuvor auch die WBK-NR ausgedrückt, gleichzeitig aber auch eine Verlängerung der Massnahmen für Sport und Kultur bis Ende 2021 gefordert. Überdies nahmen sowohl die Kommission als auch der Nationalrat die Petition 20.2025 des Schweizerischen Katholischen Kirchenmusikverbandes zum Thema «Chorsingen in Zeiten von Corona» zur Kenntnis.⁴

STANDESINITIATIVE
DATUM: 02.02.2021
JOËLLE SCHNEUWLY

Sport

Mittels einer Standesinitiative forderte der Kanton Jura im August 2020 die **Schaffung eines Bundesfonds zur Unterstützung von Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen, die von den im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie getroffenen Massnahmen besonders stark tangiert sind**. Der Bundesrat solle in Absprache mit den aus den drei Bereichen stammenden Verbänden «Regeln und objektive Kriterien» definieren, nach welchen die Finanzhilfen aus diesem Fonds ausgerichtet werden sollen. Weiter liess der Kanton Jura verlauten, es sei nicht seine Absicht, die von Bundesrat und BAG getroffenen Beschlüsse von Ende Februar 2020 zu hinterfragen, er wolle lediglich auf die damit einhergehenden finanziellen Folgen hinweisen, welche die Existenz gewisser Organisationen und Vereine gefährdeten. Da anzunehmen sei, dass die bis zum 15. März 2021 ergriffenen Massnahmen über dieses Datum hinaus in Kraft blieben und gegebenenfalls verschärft werden könnten, spitze sich die Situation für die betroffenen Vereine weiter zu. Aus diesem Grund bedürfe es nun eines «starke[n] Zeichen[s] der Solidarität».

Anfang Februar 2021 setzte sich die WBK-SR im Rahmen der Vorprüfung mit dem jurassischen Anliegen auseinander. In ihrer Medienmitteilung liess sie verlauten, sie könne die Besorgnis zwar nachvollziehen, sei allerdings der Ansicht, dass die Forderung der Standesinitiative in der Zwischenzeit durch die vom Bund als Reaktion auf die Covid-19-Krise durchgeführten Unterstützungsmassnahmen erfüllt worden sei. Folglich beantragte die Kommission mit 12 zu 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), der Initiative keine Folge zu geben.⁵

STANDESINITIATIVE
DATUM: 02.03.2021
JOËLLE SCHNEUWLY

Der Ständerat befasste sich in der Frühjahrsession 2021 mit einer jurassischen Standesinitiative, welche die **Schaffung eines Bundesfonds zur Unterstützung der stark von den im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beschlossenen Massnahmen betroffenen Sport-, Kultur- und Freizeitvereine** zum Ziel hatte. Kommissionssprecher Germann (svp, SH) drückte zwar Verständnis für das Anliegen aus, erklärte gleichzeitig aber auch, dass dieses angesichts der «sich überschlagenden Ereignisse» mittlerweile überholt sei. Bei der Standesinitiative handle es sich nicht um das richtige Instrument, da es rascher Entscheidungen bedürfe. Man werde sich der Thematik jedoch im Rahmen der Behandlung des nächsten Covid-19-Massnahmen-Pakets annehmen, welches noch in derselben Session traktandiert sei. Auf diese Worte hin gab die kleine Kammer der Initiative keine Folge.⁶

Bildung, Kultur und Medien

Kultur, Sprache, Kirchen

Kulturpolitik

In der Sommersession 2008 reichten die Kantone Bern, Freiburg, St. Gallen, Tessin und Zug Standesinitiativen ein, welche alle im Kern dasselbe forderten: einen stärkeren Jugendschutz vor gewaltvollen Videospiele. Die Forderungen reichten von einem gezielten schweizweiten Schutz von Jugendlichen und Kindern vor solchen Spielen, mit einer einheitlichen Alterskennzeichnung und einem Verkaufsverbot von nicht altersgerechten Computer- und Videospiele als Mindestforderung (Kt.lv. ZG 10.302), über ein generelles Herstellungs- und Verkaufsverbot (Kt.lv. BE 08.316, Kt.lv. TI 09.314, Kt.lv. FR 09.332), bis hin zu einem Herstellungs- und Verkaufsverbot mit zusätzlichem Ausbau des Jugendschutzes (Kt.lv. SG 09.313). Im Sommer 2010 hiessen die beiden Räte zwei Motionen gut, die ebenfalls ein Verkaufsverbot (Mo. 07.3870), oder gar ein Herstellungs- und Verkaufsverbot (Mo. 09.3422) verfolgten. Da es keinen Sinn ergebe, dass sich das Parlament parallel über dieselbe Gesetzesvorlage beuge wie der Bundesrat, die RK-SR den dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich jedoch anerkenne, entschied sie in der Frühlingssession 2011 einstimmig, den Gesetzesentwurf des Bundesrates abzuwarten und **die Beratung der Standesinitiativen damit für mehr als ein Jahr auszusetzen**. Die RK-NR folgte ihrer Schwesterkommission und Stände- und Nationalrat nahmen den Antrag auf Sistierung in der Herbst- und Wintersession 2011 stillschweigend und diskussionslos an.⁷

STANDESINITIATIVE
DATUM: 17.06.2011
SARAH KUHN

Nachdem die RK-SR die **Vorprüfung der fünf Standesinitiativen** (Kt.Iv. BE 08.316; Kt.Iv. SG 09.313; Kt.Iv. TI 09.314; Kt.Iv. FR 09.332; Kt.Iv. ZG 10.302) wieder aufgenommen hatte, nachdem sie zuvor zehn Jahre lang sistiert gewesen waren, kam sie zum Schluss, dass die Forderungen der fünf Standesinitiativen für einen stärkeren Schutz von Jugendlichen vor gewaltvollen Videospiele im Entwurf des Bundesrates zum neuen Bundesgesetz zum Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiel einbezogen würden und dass beide Kammern im Rahmen der Debatte über das Gesetz ihre Anliegen einbringen können. Da damit keine weiteren Massnahmen nötig seien, beantragten die RK-SR sowie die RK-NR, den kantonalen Begehren **keine Folge** zu geben. Die beiden Räte folgten diesen Anträgen diskussionslos und stillschweigend.⁸

1) Amt. Bull. NR, 1997, S. 1093ff.; Verhandl. B.vers., 1997, V, S. 19

2) Amtl. Bull. NR, 1997, S. 1093 ff. Vgl. SPJ 1996, S. 106.

3) Amtl. Bull. StR, 1998, S. 190 f. Siehe SPJ 1997, S. 233.

4) AB NR, 2021, S. 943 f.; Bericht WBK-NR vom 15.4.21

5) Medienmitteilung WBK-SR vom 2.2.21

6) AB SR, 2021, S. 39

7) AB NR, 2011, S. 1258 ff.; AB SR, 2011, S. 200 ff.; Kommissionsbericht RK-NR vom 8.11.11; Kommissionsbericht RK-SR vom 31.1.11

8) AB NR, 2021, S. 2664 ff.; AB SR, 2021, S. 922 ff.; Kommissionsbericht RK-NR vom 18.11.21; Kommissionsbericht RK-SR vom 10.8.21